

Bezugspreis:
 Vierteljahr 50.— M., monatlich 10.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
 bezug: Monatlich 10.— M., zzgl. Post-
 gebühren. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich 10.50 M.,
 für das übrige Ausland bei täglich
 einmal Zustellung 11.50 M. Verlags-
 stellungen nehmen an Österreich,
 Ungarn, Tschscheu-Slowakei, Polen,
 Rumänien, Holland, Belgien, Schweden
 und die Schweiz. — Einzelheften in
 die Post-Zustellungs-Veranstaltung.
 Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
 beilage „Welt und Zeit“ und der Unter-
 haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint
 wöchentlich zweimal, Sonntags und
 Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Donnerstag, den 10. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile
 kostet 2.— M., Anzeigenzeile 1.— M.,
 „kleine Anzeigen“ des be-
 gründeten Vortrags 1.— M., täglich zwei
 teigebundene Vorträge, jedes weitere
 Wort 60 Pf., Beilagen und
 Beilagenanzeigen des ersten Vortrags
 60 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.,
 Vorträge über 15 Zeilen abwärts für
 zwei Vorträge. Anzeigen für Vorträge
 Familien-Anzeigen für Vorträge
 Seite 2.— M., politische und gewer-
 bliche Vorträge-Anzeigen 1.— M.,
 die Zeile ohne Aufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
 müssen bis 6 Uhr nachmittags im
 Hauptverlag Berlin SW 68, Linden-
 str. 3 abgegeben werden. Gestrichen
 von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Notenwechsel Berlin-London.

Berlin, 10. Februar. (W.B.) Von der hiesigen britischen
 Botschaft ist dem Auswärtigen Amt am 8. Februar folgende Note
 zugegangen:

Herrn Dr. W. Simons, Minister des Auswärtigen.

Herr Minister! Ich habe die Ehre, Euer Exzellenz zu benach-
 richtigen, daß ich von Seiner Majestät Regierung Weisung erhalten
 habe, den Leiter der Deutschen Regierung und seine
 sachverständigen Berater einzuladen, in London am
 1. März mit Vertretern von Frankreich, Großbritannien, Italien,
 Japan und Belgien an der Konferenz teilzunehmen, die in der Note
 von Herrn Briand an den Präsidenten der deutschen Delegation in
 Paris vom 29. Januar angedeutet war. Ich soll ferner Euer
 Exzellenz ersuchen, die Güte zu haben, so schnell als möglich die
 Namen der Delegierten und der Berater mitzuteilen. Ich benutze
 die Gelegenheit usw. gez. d. Abernethy.

Darauf ist heute vormittag durch einen Vertreter des Aus-
 wärtigen Amtes der großbritannischen Botschaft folgende vom
 9. d. M. datierte Antwortnote an den britischen Botschafter Lord
 d'Abernon gestellt worden:

Herr Botschafter! In Erwiderung Ihrer Note vom 8. d. M.
 beehre ich mich, den Empfang der Einladung zu der Konferenz in
 London am 1. März d. J. zu bestätigen. Unter der Voraus-
 setzung, daß die Verhandlungen der Konferenz sich auch auf die
 noch zu übermittelnden Vorschläge der Deutschen Regie-
 rung erstrecken werden, erklärt sich die Deutsche Regierung bereit,
 bevollmächtigte Delegierte und sachverständige Berater, deren Namen
 sobald wie möglich angegeben werden sollen, zu der Konferenz zu
 entsenden. Ich benutze auch diesen Anlaß ... gez. Dr. Simons.

Bayern auf dem Rückzug?

Die gestrige bayerische „Verlautbarung“ wird von der
 „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wiedergegeben unter der
 Überschrift: „Keine Auflösung der Einwohnerwehren“. In
 der „Täglichen Rundschau“ heißt es: „Bayern hält an den
 Einwohnerwehren fest“. In der „Post“: „Bayern sagt
 Nein“. In der „Deutschen Zeitung“: „Bayern bleibt
 fest“. Der „Volksanzeiger“ schreibt rätselhaft: „Bestes Ein-
 vernehmen zwischen München und Berlin. Bayern bleibt
 fest in der Entwaffnungsfrage“. Zweifelhaft klingt die Über-
 schrift in der „Germania“: „Will Bayern nicht nachgeben?“
 Im „Berliner Tageblatt“ heißt es dagegen: „Bayern zur
 Entwaffnung bereit“. Nach den Münchener Infor-
 mationen dieses Blattes will sich die bayerische Regierung den
 Anordnungen, welche die Reichsregierung für notwendig hält
 und verfassungsmäßig verfügen wird, nicht widersetzen.

Rechnliche Informationen sind auch aus zugegangen,
 die amtliche „Verlautbarung“ steht aber in so starkem Widerspruch
 zu ihnen, daß wir nicht glauben, von ihnen Gebrauch machen
 zu dürfen. Es ist wahrscheinlich, daß die bayerische Regie-
 rung eine Rückzugslinie sucht, aber es ist noch keineswegs
 sicher, daß sie den ernstlichen Willen und die Kraft hat, sich
 gegen die Extremisten durchzusetzen. Darum ist die opti-
 mistische Auffassung, die die bayerische Krise schon gelöst sieht,
 zum mindesten verfrüht, und es ist mit Dank zu begrüßen,
 daß unsere bayerischen Genossen sich nicht durch halbe
 und zweideutige Erklärungen einschläfern lassen, sondern ihren
 Kampf für die Reichseinheit mit aller Kraft fort-
 setzen.

München, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
 Die Sozialdemokratische Landeszentrale und die Landeszentrale
 von Bayern haben einen Aufruf erlassen, in dem sie die Ent-
 waffnung Bayerns, entsprechend den Entscheidungen von
 Paris zum Zwecke der Erhaltung der Reichseinheit
 verlangen. Die Landeszentrale, geleitet von Erhard Kurr, fordert die
 Parteigenossen auf, im ganzen Lande Versammlungen
 abzuhalten und der Regierung den Standpunkt
 klarzumachen.

Die „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg veröffentlicht Dok-
 umente, aus denen hervorgeht, daß in Bayern eine geheime
 Militärorganisation besteht, die die Einwohnerwehren kon-
 trolliert und die Haltung der Regierung bestimmt.

Vor der Antwort.

München, 10. Februar. (W.B.) Wie die Telegraphenunion er-
 fährt, konnte die Antwort auf die Fragen der Reichsregierung noch
 nicht abgegeben werden, weil ein sehr wichtiges Mitglied der
 Koalitionsführer plötzlich von München abreisen mußte.
 Infolgedessen muß eine nochmalige Besprechung mit den Koalitions-
 parteiführern stattfinden und darauf wird der Ministerrat noch ein-
 mal zusammentreten, um die Antwort an die Reichsregierung fest-
 zulegen. Die Interpellation der Unabhängigen über die vom
 Ministerpräsidenten Dr. von Kurr in der Berliner Ministerkonferenz
 am 3. Februar eingenommene Haltung wird voraussichtlich von der
 Regierung nicht beantwortet und daher vom Landtag nicht besprochen
 werden, weil in Berlin die Vertraulichkeit der Verhand-
 lungen vereinbart worden ist.

München, 10. Februar. (Dena.) Trotz der Note der bayerischen
 Regierung an die Reichsregierung heißt es in Bayern eine gewisse
 Krisenatmosphäre. Wilde Gerüchte schwirren durch
 die Luft. Die Entschließung des Nürnberger Stadtrates,
 der sich bekanntlich für den Standpunkt der Reichsregierung aus-
 gesprochen hat, wird viel besprochen. Die „Münchener Allg. Abend-
 Bl.“ weiß zu melden, daß in politischen Kreisen Gerüchte über die
 Mobilisation der Organisation Escherich umgehen. Die Chiemgauer
 seien für Oberschlesien mobilisiert usw. Tatsächlich sei aber an diesen
 Gerüchten kein wahres Wort.

Niederzwingen!

Breslau, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
 Zu den Londoner Verhandlungen nimmt in der „Breslauer Volks-
 wacht“ der Reichstagspräsident Genosse Lohde Stellung. Er stellt fest,
 daß gegen die Entwaffnungsorderungen der Einwand
 der Unmöglichkeit nicht erhoben werden kann. Bäume die bayeri-
 sche Reaktion sich gegen die bereits in Spa und jetzt noch
 mehr von Simons zugelegte Erfüllung der Entwaffnungsbedin-
 gungen auf, so gefährde sie nur die Sicherheit des Reiches und müsse
 von der Reichsregierung und allen Friedensfreunden niederge-
 zungen werden. Gegenüber der Forderung des milliardenschweren
 Kriegsschatzes und der vielfährigen Sklavenarbeit nimmt Lohde da-
 gegen noch einmal scharf Stellung. Er schreibt: Die Verpflichtung
 zur Zahlung von 226 Milliarden Goldmark und etwa 36 Milliarden
 Ausfuhrabgaben unterschreiben, heißt nicht nur wider Treu und
 Glauben, sondern gegen alle Vernunft eine Verpflichtung eingehen,
 deren Unmöglichkeit sich beim ersten Zahlungstermin trotz
 offenkundiger Widerstände. Also wird die deutsche Regierung bei ihrem
 „Nein“ bleiben müssen, auch wenn die Feindmächte so günstig
 sein sollten, sich 50 oder 60 Milliarden abhandeln zu lassen, wozu sie
 jedoch nicht die geringste Bereitwilligkeit zeigen.
 Wird das Ruhrrevier besetzt, so würden die Wirkung ver-
 minderter Förderung sowohl die Franzosen als auch wir Deutsche
 spüren. Das Heer der Arbeitslosen wird so wenig Steuern
 zahlen, wie die gesamte Produktionskraft Ausfuhrabgaben ermög-
 lichen könnte. Innerpolitisch: Waren können eintreten. Eins nur
 ist sicher: Weder eine Regierung Herzog Ludendorff,
 Escherich noch eine solche von Levi-Roenen-Adolf
 Hoffmann wäre gewillt, geschweige denn imstande, irgend-
 welche Zahlungen auf Frankreichs Ansprüche zu verzichten.

Das Resultat der Kammerdebatte.

Paris, 10. Februar. (W.B.) In der gestrigen Kammer-
 wurde gegen Mitternacht die von der Regierung gebilligte Tages-
 ordnung Fabry mit 387 gegen 125 Stimmen angenom-
 men.

Nach einem Telegramm des Holländisch Neuw-Bureaus aus
 Paris soll das Ergebnis der Abstimmung über das Vertrauensvotum
 387 gegen 185 Stimmen betragen. Welche Zahl die richtige ist, läßt
 sich im Augenblick nicht feststellen. Wenn die Zahl der Opponenten
 tatsächlich 185 betragen sollte, dann würde das ein für die Zukunft
 des Ministeriums Briand sehr bedenkliches Symptom sein,
 denn es würde bedeuten, daß außer den 65 Sozialisten, 120 Bür-
 gerliche von der Gruppe Lardieu-Klotz-Besore, ferner die äußerste
 Rechte, kurz die gesamte charismatische Anhänger-
 schaft des in der Ruffe intrigierenden Kriegspräsidenten Poi-
 care den Kampf gegen den „zu Klappen“ Briand aufnimmt.

Das Vertrauensvotum.

Die Tagesordnung, die Briand als die ihm genehme erklärte,
 und die von der Kammermehrheit angenommen wurde, hat folgen-
 den Wortlaut:

Die Kammer stellt fest, daß die Pariser Konferenz die Soli-
 darität der Alliierten bestätigt hat. Sie vertraut auf
 die Regierung, daß sie die schnelle und vollständige Entwaffnung
 Deutschlands sichern wird und daß sie, was die Reparation betrifft,
 die Unterhandlungen fortsetzen und die für die wirtschaftliche Wieder-
 herstellung Frankreichs unentbehrlichen finanziellen
 Möglichkeiten erlangen wird. Sie vertraut darauf, daß die
 Regierung fest entschlossen ist, nötigenfalls die notwendigen
 Strafmaßnahmen zur Anwendung zu bringen, und geht zur
 Tagesordnung über.

Austritt des französischen Botschafters?

Nach der G.F.S.-Korrespondenz wird der französische Bot-
 schafter Laurent, der gegenwärtig in Paris weil, wahr-
 scheinlich nicht auf seinen Posten in Berlin zurückkehren. Reichs-
 minister Simons gegenüber hat er dies bei seinem Abschiedsbesuch,
 bei dem er die Einladung nach London überbrachte, angedeutet.

Sollte etwa Laurent den Sündenbock für den Umsturz der
 französischen Politik abgeben, die sich zuerst seiner bediente, um
 Deutschland für den Plan Seydoux zu gewinnen, und sodann
 nichts mehr von diesem Plan wissen wollte? Oder hat es der Bot-
 schafter mit dem Ciel über die Rolle bekommen, die man ihm hier-
 bei hat spielen lassen?

Die Flottenstärke der Vereinigten Staaten. Der Bericht des
 Rottenaußschusses des Senats fordert, daß die amerikanische Flotte
 der Flotte jeder anderen Macht mindestens gleich ist.

Die Sehnsucht nach dem Anschluß

Von Endo M. Hermann.

Wien, den 7. Februar.

Als im dritten Jahrhundert unserer Zeitrechnung das
 tausendjährige römische Reich in seinen Fugen wankte, als es
 durch ein gewaltiges unbegreifliches Erdbeben in seinen
 Grundfesten erschüttert wurde, als die Menschen nicht mehr
 wußten, wohin sie sich wenden sollten, um einen Halt zu fin-
 den, und ihnen ihr Schicksal unerklärlich zu werden begann,
 als Niederlagen, Hunger und Pestilenz heimstürzte, was noch
 lebendig war, da verzweifelte die armen Menschen an der
 Gegenwart, und Sehnsucht und Glauben mußte ihnen er-
 setzen, was ihnen bisher als gewiß und sicher erschienen war.
 Sie suchten ihren Trost in einem Jenseits, das ihnen
 alles bieten sollte, was sie auf dieser Erde verloren hatten.
 Und durch den vielhundertjährigen Druck des Absolutismus in
 eine Sklavennormal verfunken, die ihnen Befreiung durch eigene
 Tat verboten hatte, blieb die Ergebenheit in das Schicksal ihr
 einziger Gedanke. Auch heute leiden wir unter Niederlagen,
 Hunger und Pestilenz. Auch heute ist in Deutschland alles
 wankend, und die Grundlagen des Staates, in dem zu leben
 man gewohnt war, sind erschüttert. Auch heute muß man sich
 in das Reich der Sehnsucht retten, um sich dem Unerträglichen
 zu entziehen. Allein wir suchen den Ausweg nicht nach dem
 Jenseits und geben uns nicht verloren. Die Demokratie duldet
 keine Sklavennormal und will sich selbst helfen hier im
 Diesseits. Nicht unbegreiflich erscheint uns das Schicksal, und
 wir trachten Einbild zu gewinnen in die Zusammenhänge des
 Geschehens, das sich zu unserem Schicksal gestaltet hat. Und
 aus diesen Zusammenhängen heraus und ihrer Erkenntnis
 entwickelt sich das Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit für
 die Lösung der zwei Schicksalsfragen, der sozialen und nationa-
 len. Und unserer Sehnsucht sind die Wege gewiesen.

Das größere Problem, das soziale, ist auch schon längst
 aus der Utopie in die Realität hinein gewachsen, ist aktuell
 in dem Sinne, daß wir wissen, daß es gelöst werden wird.
 Aber es ist darauf hinzuwirken, daß gewisse Vorbedingungen, zu denen auch
 die vernünftige Gliederung der Staaten, ihre nationale Ar-
 beitsstellung, gehört, auf der sich dann der internationale So-
 zialismus aufbauen kann. Und gerade bei uns auf deutschem
 Gebiete ist durch den Zusammenbruch der kleindeutschen Po-
 litik diese nationale Frage von unmittelbar einschneidender
 Bedeutung geworden.

In dem kleinen Deutschösterreich läßt sich das An-
 wachsen dieser Erkenntnis in den letzten zwei Jahren deutlich
 verfolgen. Wie ein Blitz durchdrachte nach dem Zusammen-
 bruch der Gedanke des Anschlusses die Geister. Aber voll-
 ständig bewußt war die Bedeutung dieser Forderung trotz des
 einstimmigen Beschlusses der provisorischen Nationalversamm-
 lung doch nur einer Gruppe von Männern. Die Zahl der
 Anschlußfreunde wuchs aber mit der Erkenntnis immer mehr
 an. Freilich konnte sie noch Ruhen immer noch verbunkelt
 werden durch die Macht der Agitation derer, welche ein Inter-
 esse daran hatten, daß es dunkel blieb, durch die bürgerliche
 Presse, die sich nicht umstellen wollte und in den alten Weisen
 weiter fuhr, durch die wirtschaftlichen Interessenten, durch die
 kurzfristigen Geschäftsleute, welche von der Blüte Österreichs
 durch den Willen der Entente und von dem Zusammenbruch
 Deutschlands träumten. Aber gerade sie alle wurden in über-
 raschend kurzer Zeit durch die Wirklichkeit, Hunger und Pestilenz
 und politische Niederlagen widerlegt. Immer mehr wuchs
 durch die Erkenntnis der irdischen Momente wie der wirtschaft-
 lichen, durch das trotz allem nicht zu erschütternde Vertrauen
 in Deutschlands innere Kraft, die sich, wenn nicht jetzt, so im
 Laufe der Jahre oder Generationen wieder geltend machen
 mußte, der Anschlußgedanke an. Und die Bande, die Deutsch-
 land und Deutschösterreich verbinden, wurden nicht zumindest
 durch die gewährte Hilfsbereitschaft des selbst schwer bedräng-
 ten Deutschland gestärkt und gestärkt.

Immer mehr wurde es trotz aller Bemühungen und Ver-
 sicherungen klar, daß es bei der Entente nicht die rechte Liebe
 war, sondern nur politische Berechnung, was sie uns hier zu
 uns führte. Wenn heute jemand nach zweifelhafter Abwesen-
 heit nach Deutschösterreich zurückkehrt, so würde er darüber
 staunen, wie der Anschlußgedanke lautenartig
 angeschwollen, heute die Geister beherrscht wie eine
 Massenbewegung, und wie der einfache Mann wie der ge-
 riebenste Politiker nur in ihm das Heil, und zwar das Heil
 im Diesseits, nicht in einem nebelhaften Jenseits, erblickt. Der
 Widerspruch ist verstimmt. Die erste Frage, wenn der Freund
 dem Freunde oder auch der politische Gegner dem Gegner be-
 gegnet, ist die: wie steht es mit dem Anschluß, wann wird der
 Anschluß kommen?

Mit unwiderstehlicher Gewalt hat sich aller der Gedanke
 bemächtigt, daß das Volk, das Gesamtvolk, seinen Willen in
 fester Weise durch ein Plebiszit der Welt kund tun
 müsse, um auf Grund einer einstimmigen Rundgebung den
 Prozeß einzuleiten, den wir vor dem Forum der Welt um
 unser Selbstbestimmungsrecht zu führen haben. Es gibt zwar
 Verzweifelte und Ungebildete, die sich vorstellen, daß der An-

schluß einfach durch Niederreißen der Grenzpfähle durchgeführt werden könnte, aber sie sind eine kleine Minderzahl, und die große Masse ist politisch so weit geschult, daß sie auf eine derartige Putschaktion verzichtet, um den sicheren Weg des historisch notwendigen Prozesses zu gehen. Allerdings muß dieser beschritten werden, denn sonst würde die Verzweiflung alle ergreifen und ihre Klugheit überwinden. Die Einigkeit der Masse, und man kann wohl auch sagen der Parteien, in diesem Punkte ist ein geradezu erhebendes Schauspiel. Es ist für jeden, der nur 3 Tage in Oesterreich verweilt, deutlich, daß der Vorwand der Entente, daß die Anschlußbewegung in Oesterreich nur die Mache der sogenannten Pangermanisten und sozialistischen Terroristen sei, eine lächerliche Selbstbetrugung ist. Man versteht noch zur Not, daß die Regierung bestrebt ist, zurückzuhalten, um nicht die Uebermacht herauszufordern; aber kein Mensch würde es verstehen, wenn die Regierung den Versuch machen wollte, zu verhindern, was nicht verhindert werden kann. Denn man versteht es auch in dem kleinen Deutschösterreich, daß stärker als jede Regierung der einmütige Wille des Volkes und stärker sogar als die Entente, die historische Notwendigkeit ist.

Die Anschlußfrage an Oesterreich.

Wien, 10. Februar. (M.B.) Im Verfassungsausschuß berichtete Bundeskanzler Mayr über die Haltung der Entente zur Anschlußfrage. Wie die Blätter erfahren, bekräftigten seine vertraulichen Mitteilungen, daß die Entente, gestützt auf den Friedensvertrag von St. Germain, sich energisch gegen den Anschlußandanken ausgesprochen und für den Fall der Nichtbeachtung ihrer Warnung mit Repressalien gedroht habe.

Zwist in der D.A.P.D.

Am Dienstag hat eine Funktionärversammlung der D.A.P.D. von Groß-Berlin stattgefunden, über deren Verlauf die „Rote Fahne“ jetzt berichtet. Der Bericht läßt erkennen, daß in Berlin eine scharfe Oppositionsströmung gegen die Leitung vorhanden ist, der dadurch Rechnung getragen werden mußte, daß neben dem offiziellen Referenten Paul Bedi der Opposition ein Korreferat zugebilligt wurde, das Ruth Fischer hielt.

Bedi verteidigte seine Stellungnahme zur italienischen Parteispaltung und zu den Ententeforderungen. In der italienischen Frage meinte er, daß Spaltungen zwar notwendig sind, aber die Kommunisten sollten nicht so ohne weiteres das Odium der Spaltung auf sich nehmen. (Wiso nur der Schein, nicht die Sache soll vermieden werden! Red.) In der Arbeiterklasse sei zweifellos ein festes Gefühl für die Einigkeit gegen Spaltungen vorhanden. (Vehementes Sehr richtig!) Die italienische Partei habe sich als erste westeuropäische der Dritten Internationale angeschlossen, noch im Juli 1920 sah Serrati im Präsidium der Dritten Internationale; drei Monate später aber sollten ihn die Massen verlassen. Diese schnelle Umstellung konnten die italienischen Arbeiter nicht vollziehen. Wenn nur ein Fünftel der italienischen Partei bei der Spaltung aus seinen Kommunisten war, dann könne eben die Operation nicht richtig gewesen sein. Bedi polemisierte dann weiter gegen den russischen Führer Bucharin, der für die Offensivtaktik eintritt und auf das Beispiel der französischen Revolutionen nach 1793 verweisen hat. Bedi meint, es sei kein Zufall, daß die französischen Armeen sich verbluteten, da, wo die sozialen Verhältnisse noch nicht reif waren für eine bürgerliche Revolution, d. h. in Preußen, Oesterreich und Rußland.

Wir können nicht das Sowjetystem mechanisch einführen, gleichsam auf der Spitze der Bajonette. Das Sowjetystem braucht eine Stütze: Den revolutionären Willen des Proletariats in jedem Lande. Wo dieser Wille nicht ist, empfangen die Proletarier die Revolutionäre als ihre Unterdrücker. (Wiso Demokratie und Mehrheitswille! Red.) Aber auch das andere Extrem müssen wir ablehnen, den Gedanken, als sei die Annäherung russischer Genossen in deutsche Verhältnisse verdammenst.

In der auswärtigen Politik müsse das Bündnis mit Sowjetrußland propagiert werden, dabei dürften aber nicht wie in

München den nationalitätlichen Strömungen Konzessionen gemacht werden, die auch für dieses Bündnis sind. Bedi sagte:

Selbst der deutsche Generalstab hat einmal diese nationalitätliche Strömung gestiftet. Er hat den Teufel nach Rußland gebracht, der auch das Schicksal der deutschen Bourgeoisie besiegelt.

Gegenüber diesem Gesandnis nehmen sich die todsüchtigen Angriffe der „Roten Fahne“ auf Genossen Eduard Bernstein, der die Zusammenhänge zwischen deutschem Generalstab und russischem Bolschewismus näher beleuchtet und mit Tatsachen belegt hat, sehr eigenartig aus!

Die Korreferentin Ruth Fischer griff die Parole „Bündnis mit Sowjetrußland“ heftig an, weil es sich dabei um ein militärisches Bündnis zwischen dem kapitalistischen Deutschland und der russischen Arbeiterrepublik handle. Bedi forderte ein Bündnis der deutschen Bourgeoisie mit Sowjetrußland. (Widerpruch.) Seine Rede, die Artikel der „Roten Fahne“ und die Vorgänge in München hätten eine merkwürdige Ähnlichkeit mit dem von Lauffenberg und Hoffmann propagierten revolutionären Bolschewismus. In München sei die Sache nur folgerichtig angefaßt worden als anderswo. Die Rednerin nahm auch die D.A.P.D. in Schutz, deren Erfolge nicht als ein Spiegelbild der Sünden in der D.A.P.D. zur italienischen Frage meinte die Rednerin, daß es eben ein Fehler gewesen sei, die nihilistische italienische Partei in die Dritte Internationale aufzunehmen, der jetzt wieder gutgemacht worden sei. Ruth Fischer wendete sich auch gegen den Zentralismus in der Partei, der dahin geführt habe, daß der Vorsitzende Bedi sein Mandat Moskau zur Verfügung stellt.

Die Diskussion über die Referate wurde auf Montag, den 21. Februar vertagt.

Nur gegen links.

In Essen beginnt am Donnerstag vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen 13 des Mordes und zwei der Aufreizung zum Morde angeklagte Bergleute und Arbeiter, die am 10. März v. J. als Angehörige der Roten Armee 11 Wärscheider bei aus Scherbeckspitze und Einwohnerwehren bestehende Besatzung des Wasserturnes getötet haben. Es handelt sich danach um eine Kampfhandlung aus den Kapp-Tagen, die nur dann durch die Amnestie nicht gedeckt wird, wenn die Betroffenen nicht beabsichtigt, zum Schutze der Verfassung zu handeln. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß wegen der vielen von den Kapp-Regenten getöteten Menschen noch kein einziger der Täter bestraft worden ist.

Zeider eine Falschmeldung.

Halbsamlich gibt W.B. bekannt: In der Zeitung „Der Konfessionär“ wird mitgeteilt, das Reichsarbeitsministerium habe beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen. Die Mitteilung ist auch von der Tagespresse übernommen worden. Die Nachricht ist unrichtig. Es wird zurzeit nicht beabsichtigt, die Unterstützungssätze, die erst am 1. November 1920 an die Bedürfnisse des Winters angepasst (2 Red.) worden sind, weiter heraufzusetzen.

Die billigen Juristen.

Von einem preussischen Referendar wird uns geschrieben: Es gibt gegenwärtig immer noch eine Beamtenkategorie, die trotz der fortschreitenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse das höchste wirtschaftliche Gut, ihre Arbeitskraft, verkaufen muß. Das sind die preussischen Referendare, die im Gegensatz zu ihren Berufskollegen anderer deutscher Länder infolge der immer wieder verweigerten Beförderung mit absoluter Sicherheit einer wirtschaftlichen Verelendung entgegengehen. Die Referendarbesoldungsfrage wird immer brennender, je enger mit ihr Fragen des Gemeinwohls verknüpft sind.

In höchstem Maße verwunderlich ist es daher, wie wenig Verständnis der Real Lage der Referendare von der Allgemeinheit entgegengebracht wird. Die einen halten die Referendarität überhaupt nicht für besoldenswert, die anderen begnügen sich mit Verstrickungen auf eine spätere Zukunft oder deuten Wege an, deren Unzulänglichkeit die Zeit des gegenwärtigen Erlebens nur allzu deutlich erkennen läßt. Niemand aber scheint zu bedenken, daß die

Voraussetzungen, unter denen die heutigen Referendare ihr Studium begannen, weggefallen sind oder mindestens sich ungünstig verändert haben. Zwischen dem Einst und Jetzt liegen die Jahre des Weltkriegs, dessen katastrophale Folgen erst begonnen haben, sich fühlbar zu machen. Die gewaltigen Umwälzungen auf allen Gebieten haben Zustände geschaffen, von denen selbst heute noch niemand sagen kann, in welchem Umfange sie den einzelnen treffen werden. Unter allen Umständen muß aber versucht werden, die schwereren Zukunftsschäden, die durch ein Festhalten an den bisherigen „Chrenamitis“ grundsätzlichen in der Befoldungsfrage dem Volksganzen drohen, zu verhindern.

Soll denn der Referendarstand, aus dem auch die künftigen Richter hervorgehen, allein derjenige sein, der die Wirkungen einer unglücklichen Vergangenheit mit ihrer ganzen Härte für die Zukunft ertragen muß?

Geradezu lächerlich muten alle Einwendungen an, mit denen man das berechtigste Verlangen der Referendare nach Honorierung ihrer bescheidenen Tätigkeit im Reime schluckt. Es sind immer dieselben Ausflüchte der Plutokratie: sie erblickt in bezahlter Arbeit eine „Entwürdigung des ganzen Standes“. Sie fürchtet angeblich eine Ueberlastung bezahlter Referendare, während die größte Ausbeutung dann geschieht, wenn sie wie bei den Referendaren ohne die geringste Gegenleistung und unter dem Zwange behördlicher Zeugnisse erfolgt. Schließlich soll das Geld fehlen, das nirgends nützbrennender verwendet wird als zur Befoldung arbeitender Kräfte.

Bei einem weiteren Verharren auf dem bisherigen Grundsatz der Ausnutzung unentgeltlicher Arbeitskräfte werden wir es bei der stetig wachsenden wirtschaftlichen Not erleben, daß nur solche Referendare die Zeit bis zum zweiten Staatsexamen durchhalten können, denen ein gewaltiger väterlicher Geldsack die Wege ebnet. Die Richterlaufbahn wird schließlich nur dem Finanzadel vorbehalten bleiben und was das für die Öffentlichkeit der Gerichte bedeuten würde, bedarf keiner Darlegung.

Um auch nur die Möglichkeit einer künftigen Verschlechterung der Lust zu verhindern, sollte man nicht mit kleinlichen Argumenten die fürchterliche Not der künftigen richterlichen Beamten beschönigen, sondern schleunigst in irgendeiner Form, z. B. einer reichsrechtlichen Regelung, Abhilfe schaffen, ehe es zu spät ist.

Je freier eine Staatsform gestaltet ist, um so wirtschaftlich unabhängiger müssen vor allem die richterlichen Beamten ihre verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben können. Dazu gehört aber auch, daß ein Umkommen der bei den Gerichten voll beschäftigten und vielfach selbständig-richterlich arbeitenden Referendare im Strudel einer ökonomischen Abwärtsbewegung verhindert wird. Die jetzigen Referendare, die mit ihrem Studium zu einer Zeit begannen, in der sich keineswegs das heutige Mißgeschick voraussehen ließ, bitten weder um ein Gnadengeschenk noch sind sie in der Lage, gewisse Forderungen für ihr Existenzminimum aufzustellen, da ihnen zu deren Durchsetzung die Machtmittel fehlen. Sie können immer nur wieder auf die ungeheuren Gefahren hinweisen, die eine kapitalistische Entwicklung ihres Berufszweiges unserem ganzen Volke bringen muß. Möge daher die bisherige bürokratische Kurzsichtigkeit gewisser Kreise einer verständigen Würdigung der angebotenen Sachlage Platz machen. Es geht ums Recht!

Englisch-Amerikanischer Zwischenfall.

London, 10. Februar. (M.B.) Das Hauptthema der Presse ist der von amerikanischen Blättern aus London gebrachte Bericht über die Unterredung eines hohen Beamten des britischen „Foreign office“ mit einem amerikanischen Journalisten in London, in der der englische Beamte davor gewarnt haben soll, daß sich das englische und das amerikanische Volk voneinander entfremden, und erklärt haben soll: Wir gehen auf einem Wege, der zum Kriege führt. Dieser Bericht stammt von der Hearst-Presse und ist von der United-Presse in den Vereinigten Staaten verbreitet. Er hat dort beträchtliches Aufsehen erregt; er beruht jedoch, wie in amtlichen Dementis und von den englischen Blättern mitgeteilt wird, auf einer falschen Darstellung der Tatsachen. Der von dem amerikanischen Berichterstatter erwähnte „hohe Beamte“ war der britische Botschafter in den Vereinigten Staaten Sir Auckland Geddes, der in einer vertraulichen Unterredung mit amerikanischen Journalisten in London die Frage der englisch-amerikanischen Beziehungen erörterte.

wurde in der belgischen Kammer ein Gesetz angenommen, das in allen flämischen Landestellen das Flämische als Amtssprache vorschreibt. Das Flämische wird nicht nur als Sprache der Behörden anerkannt, sondern es wird überhaupt die amtliche Verkehrssprache bei allen Provinzial- und Gemeindevormaltungen. In gemischtsprachigen Bezirken, wie z. B. Brüssel und seinen Vororten, kann von jetzt an jede einzelne Gemeinde selbst bestimmen, welche Sprache sie einführen will. Schließlich wird noch bestimmt, daß niemand in flämischen Gebiet eine Einstellung erhalten soll, der nicht des flämischen mächtig ist. Uebrigens wird auch den deutschsprechenden Gemeinden im Bezirk von Arlon und Lüttich mit etwa 70 000 Einwohnern Berechtigung, denn sie dürfen sich ganz nach Belieben des Deutschen, flämischen oder französischen bedienen, während die Bekanntmachungen in deutscher und französischer Sprache erfolgen.

Geistesgegenwart. „Gestern nacht kam ich in eine ziemlich peinliche Situation“ erzählt Müller seinem Freund Schütze. „Es war im Verein doch ziemlich spät geworden, und als ich nach Hause kam, hatte ich Angst, meine Witte könnte aufwachen. Ich krieche also auf Händen und Füßen hinaus und so ins Schlafzimmer hinein. Da wachte sie auch richtig auf und sagt: „Bist du's, Peter?“ „Na, da hast du wohl was Ordentliches zu hören bekommen?“ frante der Freund. „Nein“, sagte Müller, „es ging alles gut ab, ich hatte nämlich die Geistesgegenwart, ihr die Hand zu lecken.“

Max Rünger zum Gedächtnis veranlaßt die Volkshöhle G. M. am Montag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Vorland des Rundgewerksmuseums einen Lustabend, für den Dr. Robt Schiffmoss gewonnen wurde. Eintrittskarten zum Preise von 1 R. in der Geschäftsstelle der Volkshöhle, an den Tischen Theaterkassen usw.

Kunstführungen. Am Sonntag, 13. Februar, 9 1/2—11 Uhr. Fanden zwei Führungen im Kaiser-Friedrich-Museum (Nationalische Kunst des Mittelalters und Kunst des 19. Jahrhunderts) unter Leitung der Herren Dr. Bange und Kuhnert statt. Eintrittskarten zu 1 Mark und Auskunft am Eingang des Museums.

Berliner Humboldt-Stiftung. Aus den Mitteln der Humboldt-Stiftung für Naturforschung und Medizin, über die die Berliner Akademie der Wissenschaften verfügt, sind jetzt gemäht worden: 1000 Mark dem Herron Adolf Friedrich zu Mecklenburg für die Durchführung der zoologischen Ergebnisse seiner Altholagepediten, und 2000 Mark dem Geheimrat Prof. Dr. Hellman als Beihilfe zur technischen Herstellung eines Klimakamfers von Deutschland.

Dr. Bruno Wille (mit) über den 3. und 4. Teil des „Kauk“ an je vier Abenden 7 1/2 Uhr: Dienstag (ab 15. Febr.) Schellstraße 2/4, Freitag: Mittwoch (ab 16. Febr.) Dorotheenstr. 12, Köln.

Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht begannen folgende Vorträge: Prof. Dr. Ludo Daitmann: „Der Teufelismus im österröichsflämischen Kulturkreis.“ Montag, den 14. Februar, 6—7 1/2 Uhr. — Generaldirektor Dien: „Die Bedeutung der zoologischen Ergebnisse seiner Altholagepediten, und 2000 Mark dem Geheimrat Prof. Dr. Hellman als Beihilfe zur technischen Herstellung eines Klimakamfers von Deutschland.“

Ein Deutscher, Meister Heinrich, gründete 1394 in Althammer auf der Althammer Heide wohl das älteste oberflächliche Eisenwerk. Aber die wirtschaftliche Kraft und das technische Können der Zeit reichten noch nicht aus, um den Hauptfeind des oberflächlichen Bergbaues, die eindringenden Grubenwässer, zu bewältigen. Die Gruben erloschen. Erst als im 16. Jahrhundert unter den Habsburgern der deutsche Kultureinfluß in Oberschlesien wieder stärker wurde, geschah auch eine Neubebauung des Bergbaues und Hüttenwesens. Deutsche Beamte und Bergleute kamen ins Land. 1526 verlieh der Markgraf der bei dem Dorf Alt-Tarnowitz angelegten Siedlung Stadtrecht und Bergbaufreiheit. 1528 erhielt er gemeinschaftlich mit Herzog Johann von Opeeln die erste oberflächliche Bergordnung. Doch auch dieser zweiten Blüte folgte eine lange Zeit des Verfalls. In den Stürmen des Dreißigjährigen Krieges gingen die meisten Schöpfungen des 16. Jahrhunderts zugrunde, und erst zu Anfang des 18. Jahrhunderts brachte der Breslauer Handelsherr Georg von Giese die schon im 16. Jahrhundert betriebene Galmeigräberei bei Scharlie wieder in Gang und schuf die ersten Anfänge des noch heute bestehenden großen Unternehmens.

Die von Friedrich 1769 erlassene schlesische Bauordnung schuf dann die rechtlichen Formen, in denen sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts die Erschließung der Bodenschätze unter Leitung des Staates vollzogen. Zwei Mitarbeiter des Königs, Freiherr von Heintz und Graf von Meden, der erstere als Leiter des preussischen Bergwesens, der zweite als Direktor des Breslauer Oberbergamts, haben den Grund gelegt, auf dem sich heute der Tiefenbau der schlesischen Erzgewinnung und Kohlenförderung und aller darauf beruhenden Gewerbegebiete Oberschlesiens erhebt. In den ersten Jahrzehnten der Regierung Friedrichs wurden die oberflächlichen Eisengruben angelegt, für die man aber noch Holzfeuerung verwendete. Die Bedeutung der Steinkohlen- und Koksfeuerungen ist erst unter Heintz und Meden entdeckt worden. Sie entwarfen in den letzten beiden Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts weitläufige Pläne zur Hebung der Eisenerzeugung. Unter ihnen begann der Engländer Baildon 1794 den Bau der staatlichen Gleiwitzer Hütte; 1799 wurde die Königshütte, 1803 die Antonienhütte errichtet. In dem außerordentlich vervollkommenen Werk von Malapane wurden die ersten Dampfmaschinen eingeführt, die aus England bezogen waren. Ueberhaupt diente von der 1789 unternommenen Reise Medens nach England und Schottland für das Berg- und Hüttenwesen Oberschlesiens der große Aufschwung. Die Zinnergewinnung aus Galmei konnte im großen gefördert werden, seitdem der pfeifliche Hüttenbeamte Kuberger das Geheimnis der Destillation von metallischen Zinn entdeckt hatte. 1798 wurde zu Wesoja der erste Zinkofen Oberschlesiens angelegt und 1809 die erste staatliche Zinkhütte Bydognia in Königshütte begründet. Auch die Steinkohlenförderung und -verwendung wurde seit Ende des 18. Jahrhunderts energisch in die Hand genommen. 1796 kamnte in Gleiwitz der erste Kokschofen des Festlandes auf und 1802 folgte der erste Kokschofen der Königshütte.

Anerkennung der flämischen Sprache. Die Flamen haben in ihrem Kampf um ihre Selbstständigkeit einen Erfolg errungen. Es

Die Vergessenen.

Telegramm aus Lille: Am Sonntag erfolgte aus unbekannter Ursache eine Explosion in den unterirdischen Munitionsräumen von Poelcapelle im Wald von Houthoull. Personen wurden nicht verletzt. Der durch die Explosion aufgeworfene Trichter mißt 15 Meter im Durchmesser.

Munitionsräume in Poelcapelle, im Houthoull-Walde — von Zeit zu Zeit roß irgendwo im Trichterfeld alte Munition auf, heimtückisch, Erde und Menschen zerfressend.

Munitionsräume — es sind noch viel vorhanden zwischen der Nordsee und dem Wasgau, in Flandern, in der Champagne, um Verdun. Es sind noch viele Generäle vorhanden, in Deutschland, Frankreich, England. Trommelfeuer hat die Munitionstollen verschüttet, Ruckzüge und Wortsätze nahmen die Zeit, sie zu leeren, und wer sie besaß, füllte sie auf, pflanzte sie voll. Munition war das Kapital des Krieges, das ihn zu immer größerer Furchtbarkeit gestaltete, das die Krieger fraß — und nach dem Gerufen, geschrien, gegiert wurde. Niemals genug Granaten konnten aufgeschüttet werden, niemals genug Munitionstollen tief hinein in die Kreide der Champagne, in die Dämme und Hügel um Lille getrieben werden.

Und dann wurden die Stollen verschüttet, die verstreuten Granaten verankerten in den Schlamm oder versenkten sich unter Ruos und Gras — wieviel liegt wohl noch heute im Trichterfeld? Robert und roset, von niemanden mehr angesehen, verwünscht, nutzlos — gefährliches, heimtückisches Stahl und Gas.

Der Friede kam, und die Munition wurde vergessen, gehaßt wie die Führer, die die Massen in den Wirbel von Eisen und Gift getrieben.

Giftgeschwängert, entthront wie die Heerführer haben die Granaten in den zerfallenden Stollen, den Generälen gleich, die die neue Zeit hoffend, sich in ihre Winkel zurückgezogen haben — giftgeschwängert, heimtückisch losbrüllend, plüschig, um in die neue Welt, die sie nicht mehr braucht, Unheil hineinzuschleudern.

Planlos, wahllos losbrüllend mit einem Male, Entsetzen verbreitend um ihrer selbst willen: W.B., wir sind noch da!

Oberschlesien. Der Breslauer Archibildhauer Prof. Heinrich Wendt veröffentlicht in dem Sammelwerk „Oberschlesien, ein Land deutscher Kultur“ (Helmholtz Verlag, Oberschlesien-Gleiwitz) eine Abhandlung über die Geschichte der oberflächlichen Industrie. Schon 1196 H Bergbau auf Silber in Chorzow bei Beuthen bezeugt, deutsche Ansiedler trieben 1247 Bleibergbau bei Reppen in Tarnowitz Bezirk und schufen 1254 die Stadtgemeinde Beuthen.

Groß-Berlin

Landespolitik und Gemeindepolitik.

In der letzten erschienenen Nummer 7 der „Kommunalen Praxis“ weist Genosse Paul Hirsch darauf hin, daß der Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung sich nach den Beschläüssen des am 20. d. M. zu wählenden Landtags vollziehen wird. „Die Entwürfe einer Städteordnung, einer Gemeindeordnung, einer Kreis- und einer Provinzialordnung sind von dem Staatskommissionär für Verwaltungsreform Minister v. D. Drems ausgearbeitet, konnten aber der Landesversammlung nicht mehr unterbreitet werden. Ihr Ziel ist neben der Regelung des kommunalen Wahlrechts, die inwieweit durch Notgesetz erfolgt ist, die Befreiung der Selbstverwaltung von überflüssiger Bevormundung, und zwar nicht nur für die Städte, sondern auch für alle übrigen Selbstverwaltungskörperschaften. Die freie Selbstverwaltung der kommunalen Verbände soll nach dem Dremschen Plan in Zukunft grundsätzlich ihre Schranken nur finden in den Vorschriften der Reichs- und Staatsgesetze, deren Einhaltung unbedingt sichergestellt werden muß. Diese Kontrollen über die Rechtmäßigkeit der Verwaltung und ihrer einzelnen Akte will Drems letzten Endes den Verwaltungsgerichten vorbehalten, die als völlig unparteiische Stellen die zur Entscheidung von Rechtsfragen berufenen Instanz sind. Die Nachprüfung einzelner Entscheidungen der Selbstverwaltungsorgane auf ihre Zweckmäßigkeit hin soll begrenzt werden auf solche Fälle, in denen wichtige Fragen des allgemeinen Staatswohls auf dem Spiele stehen oder in denen das Gemeinwohl von der augenblicklichen Gemeindevertretung für eine Zeit nachteilig beeinträchtigt werden könnte, welche über die Amtsbefugnisse dieser Vertretung weit hinausgeht. Und auch diese Nachprüfung soll durch eine Reihe von Vorschriften möglichst eingeschränkt und mit dem Geiste echter Selbstverwaltung in tunlichster Uebereinstimmung gehalten werden. Diese Grundgedanken in Gesetzesform zu kleiden, wird Aufgabe des neuen Landtags sein. Wenn, dem es ernst ist mit der freiheitlichen Ausgestaltung der Unterlagen unserer Gemeindeverfassung, könnte unter solchen Umständen der Wohlausfall gleichgültig sein? Gelingt es, eine sozialdemokratische Mehrheit zu schaffen, zum mindesten aber eine so starke sozialdemokratische Vertretung, daß gegen deren Willen kein Gesetz erlassen werden kann, so ist die Gewähr dafür gegeben, daß die Gemeindeverfassungsgesetze von wirklich sozialdemokratischem und sozialem Geiste beseelt sind und daß endlich das Ziel verwirklicht wird, das den großen Reformatoren vor mehr als hundert Jahren vor Augen schwebte: „Den Bürgern eine tätige Einwirkung auf die Verwaltung des Gemeinwesens beizulegen und durch diese Teilnahme Gemeinwohl zu erregen und zu erhalten.“ Andernfalls sind die Errungenschaften der Revolution in Frage gestellt, werden die Bestimmungen der Verfassung nicht mehr als papierenes Band haben.“

Funkenfentelgraphischer Verkehr mit England.

In den letzten Wochen haben Versuche stattgefunden, um einen funkenfentelgraphischen Verkehr zwischen Deutschland und England einzurichten. Sie haben ein günstiges Ergebnis gehabt, so daß seit einigen Tagen zur Beförderung von Telegrammen übergegangen werden konnte. In England dient als Sendestelle die Station Stonehaven in Schottland, der Empfang geht in London vor sich. Auf deutscher Seite konnte die Einrichtung so getroffen werden, daß das Sendende und das Aufnehmende beim Hauptfentelgraphenamt in Berlin erfolgt. Durch sogenannte Fernleitung wird nämlich von diesem Amt aus die Sendeeinrichtung in Königsbrunnhausen betätigt, während eine Fentelübertragung die in Teltow bewirkte Funkaufnahme zum Hauptfentelgraphenamt vermittelt. Erstereileitet findet der Fentelverkehr auf der neuen Verbindung täglich in der Zeit von 5 bis 8 Uhr nachmittags, ausgenommen Sonntags, statt. Da automatische Betrieb mit Schnellfentelgraphenapparaten eingerichtet ist, besitzen die besten Aussichten für die Ausgestaltung der Fentelwege auf den englischen Verkehr. Die Gebühren auf dem Fentelwege sind die gleichen wie auf dem Kabelwege.

Betriebsunfall am Bahnhof Alexanderplatz.

Heute vormittag ereignete sich auf den Gleisen der Stadtbahn zwischen Alexanderplatz und Jannowbrücke ein schwerer Betriebsunfall. Dort fuhr ein Stadtbahnzug in eine Arbeiterkolonne hinein, die mit der Ausbesserung der Gleisanlagen beschäftigt war. Alle Menschen nach haben die Arbeiter das Kommen des Zuges überhört, denn in jenem Augenblick passierten zu gleicher Zeit drei Züge die Unfallstelle. Der Bahnarbeiter Wolf Roth wurde von der Maschine zur Seite geschleudert. Ein Puffer schlug ihm das Kreuz entzwei. Der Arbeiter Weiskopf geriet unter den Zug, wobei ihm ein Bein abgefahren wurde, außerdem erlitt er noch andere schwere Verletzungen.

Razzia im Zentralpark am Bahnhof Friedrichstraße.

Große Aufregung gab es gestern abend am Bahnhof Friedrichstraße auf dem daneben befindlichen Rummelpark. Das allabendliche Treiben hat schon wiederholt zu lebhaften Klagen der Nachbarschaft Veranlassung gegeben. Da auch die Kriminalpolizei in der letzten Zeit Spuren von unaufgeklärten Verbrechen dorthin führten, so sah sich diese veranlaßt, einmal den Rummelpark gründlich zu säubern. Von einem großen Aufgebot von Kriminalbeamten und Beamten der Schutzpolizei wurde das ganze Terrain umstellt. Mehrere Beamte drangen, zum Teil mit Polizeihunden, überraschend in die Rummelpark ein, um zunächst in dieser eine gründliche Musterung vorzunehmen. Das Ziel war von zweifelhaften Gestalten dicht gefüllt, und die Überraschung war nicht wenig groß, als plötzlich die Musik schlug und der Rummelpark unterbrochen wurde. Alle Besucher, Reiter und Reiterinnen, leichten meist junge Mädchen, die zum Veranden der Zuschauer im Herrensalon ritten, mußten, soweit sie sich nicht genügend ausweisen konnten, Lastkraftwagen bestiegen. Mehrere Wagen fuhren dichtgedrängt voll nach dem Polizeipräsidium, wo die zweite eingehende Musterung stattfand.

Aus einem Sanatorium für Angestellte.

Das von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte benutzte Sanatorium von Dr. Schöen zu Reinerz war vor kurzem der Schauplatz eines Konflikts. Wir erfahren davon, weil auch Angestellte aus Berlin dort untergebracht sind. Wegen der Verpflegung bestand seit langem Unzufriedenheit, so daß es immer wieder zu Auseinandersetzungen hierüber kam. Eine uns gegebene Schilderung aus letzter Zeit klagt, daß die meisten Patienten während der ganzen Dauer ihrer Kur noch keine Butter zu sehen bekommen hätten und sich mit Schmalz und Marmelade begnügen mußten. Auch von den Hauptmahlzeiten wird gesagt, daß sie nicht genossen und meist auch geschmacklos zubereitet waren. Auf eine Beschwerde von Patienten antwortete der leitende Arzt, sie hätten kein Recht sich zu beschweren. Behauptet wurde, daß zu den von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gezahlten Sätzen nicht mehr geboten werden könne. Doch verbesserte man noch am demselben Tage das Essen und auch Butter wurde leicht gemacht. Die Befriedigung der Patienten wurde aber danach durch das Verhalten der Sanatoriumsleitung gebört. Veronthalten wurden die Unterführten für die Scheine, auf Grund deren die Patienten das Krankengeld bezogen, mit dem sie die Kosten verbuchten wollten. Geäußert wurde, daß es den Beschwerde-führenden ja hier nicht gefalle und daß deshalb Nachturen für sie nur in dringenden Fällen beantragt werden würden. Drei Patienten, die man als Aufwieglor und Heber bezeichnete,

Vom preußischen Wahlkampf.

Der Wahlverband der Geldgeber.

Dresden, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In einer Dresdener demokratischen Wahlversammlung legte ein sozialdemokratischer Diskussionsredner dem Vertreter der Demokratischen Partei die Frage vor, ob es nicht sei, daß in Schlesien sich ein wirtschaftspolitischer Wahlverband aus Unternehmern bilden sollte, der an sämtliche bürgerlichen Parteien herantreten und ihnen Geldmittel anbieten würde. Der sozialdemokratische Redner behauptete, daß dieser wirtschaftspolitische Geldgeberverband dafür von den bürgerlichen Kandidaten die Zustimmung zu einem Steuer- und sozialpolitischen Programm zur Bedingung mache, das sich scharf gegen die Interessen nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Beamten und Angestellten wendet. Als Vertreter der Demokratischen Partei gab der wirtschaftspolitische Spitzenanführer der Demokraten, Lehrer Hermann, sowie der Generalsekretär der Partei, von Puttkamer, das Bestehen eines solchen Wahlverbandes zu. Die einzelnen Bedingungen des Verbandes seien auch den Demokraten bisher unannehmbar erschienen, doch würde weiter verhandelt, und einzelne demokratische Politiker unterstützten diesen Verband bereits. Die Frage, ob eine andere bürgerliche Partei, so das Zentrum, die Bedingungen dieses Geldgeberverbandes bereits angenommen haben, wird heute von der „Dresdener Volkskraft“ wiederholt. Man darf auf die Antwort gespannt sein.

Beamte! Ihr müßt Not leiden
weil kein Geld da ist!
Weshalb ist kein Geld da? Weil die industriellen Kapitalisten und Großagrarien keine Steuern zahlen wollen!
Wählt sozialdemokratisch (S.P.D.)!

Der Wahlheft.

Ein jeder kann am Wahltag nur in dem Wahlkreis wählen, in dessen Liste er eingetragen ist. Wie nun, wenn jemand, am Wahltag, d. h. am 20. Februar, nicht in seinem Wahlkreis wohnt? Dann bedarf er, um anderwärts in Preußen sein Wahlrecht ausüben zu können, eines Wahlhefts. Wo wird der Wahlheft ausgestellt? Von der Stelle, die die Wahlkreise aufgestellt hat, also für den alten Stadtkreis Berlin das Wahlbureau, Stralauer Str. 44/45, geöffnet von 8-5 Uhr, am Sonntag von 8-1 Uhr. Wie erlangt man einen Wahlheft? Durch persönlichen Antrag. Bedingung ist, daß der Antragsteller in der Wählerliste verzeichnet ist, einen triftigen Grund für seine Abwesenheit am Wahltag angibt und sich ausreichend legitimiert (durch polizeiliche Anmeldung, Steuerquittung, Mietkontrakt, Invalidenliste usw.). Auf Grund des Wahlhefts kann der Wähler in ganz Preußen sein Wahlrecht ausüben.

Was ist nun ein triftiger Grund? Das Gesetz schreibt vor, daß zum Antrag auf Ausstellung eines Wahlhefts berechtigt ist, wer sich in Ausübung des Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher (Wahl-) Angelegenheiten am Wahltag außerhalb seines Wohnortes aufhält, also Geschäftsreisende, Wandergewerbetreibende, Schiffer, Floßleute, Bahn- und Postbedienstete, Wahlhelfer oder allgemeine Wahlhelfer. Ferner, wer sich zur Kur außerhalb aufhält. Drittens führt das Gesetz noch eine Gruppe an, die einen Wahlheft beantragen kann, ohne daß sie ihren Wohnsitz verläßt: Wer infolge eines körperlichen Leidens oder eines Bedrohens einen günstiger gelegenen Wahlraum aufsuchen will, z. B. jemand, der wegen Fälschung der Beine im Rollstuhl gefahren werden muß, kann ein Wahlheft, zu dem Stufen führen, nicht aufsuchen.

Bis zu welchem Tage kann ein Wahlheft beantragt werden? Bis Freitag, den 18. Februar! Jedoch ist dringend zu raten, nicht bis zum letzten Tage zu warten. Denn in den letzten Tagen ist der Andrang so groß, daß ein stundenlanges Warten nicht zu vermeiden ist. Deshalb schreibe niemand seinen Antrag auf die lange Bank! Nach einer Frage ist zu beantworten: Muß der Wahlheft persönlich beantragt werden oder kann der Antrag auch schriftlich eingeleitet werden? Wegen der Beantwortung verschiedener Fragen ist der persönliche Antrag vorzuziehen, doch besteht das Gesetz nicht, den Antrag schriftlich (durch die Post) einzuenden. In diesem Falle aber vergesse man nicht, 40 Pf. als Rückporto beizufügen.

wurden auf die Straße gesetzt. Daraufhin erklärten zwölf Patienten, daß bei Nichtjuridiktur der Entlassungen auch sie mit den drei Gemeinregenten gehen würden. Da die Sanatoriumsleitung nicht nachgab, so verließen dann auch diese zwölf die Heilstätte Dr. Schöens.

Was wird zu diesem Konflikt die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sagen? Sie ist von den Gemeinregenten sofort benachrichtigt worden. Wieviel zahlt sie denn für ihre in dem Sanatorium untergebrachten Kranken? Und wie hoch mag der Profit des Unternehmers sein?

Geschwinde Fährer. Von den neuen fünfzigjährigen mit dem Ausgabedatum des 21. 7. 1920 (grüne Kupferdrucknote, kenntlich an dem Brustbild der sonnigen Mädchen, gefasst auf der Vorderseite und den Bildern eines Mannes und eines Weibes auf der Rückseite) treten sehr ungeschickte und darum sofort jedermann auffällige Nachbildungen auf. Abgesehen von der schlechten zeichnerischen und äußerst mangelhaften Druckausführung, die namentlich in der Schattengabe der Charakterzüge auffällig wirkt, fehlen der Fälschung die Hauptmerkmale echter Noten: das Wasserzeichen und der eingewirkte Faserstreifen auf der Vorderseite, der beim Fälschen durch wenige braune Striche vorgebildet ist. Das Reichsbankdirektorium wört vor Annahme und empfiehlt dem Publikum erneut — als Selbsthilfe gegen Annahme von Fälschungen — sich das Bild der echten Noten anzusehen und einzuprägen.

Ein unangenehmes Abenteuer hatte ein Geschäftsmann aus Sponbau, der in Berlin mehrere Wirtschaften besuchte und schließlich in Reutheim in der Reichenstraße ein Mädchen in ein Hotel einlud. Schon beim Betreten des Hotels merkte er, daß ihm die Briefstasche mit 6500 M. fehlte. Zur Rede gestellt, eröffnet die Begleiterin die Flucht. Auf der Verfolgung erhielt der Geschäftsmann plötzlich von hinten einen so heftigen Stoß auf den Kopf, daß er auf einen Augenblick die Besinnung verlor. Als er wieder zu sich kam, waren der Anwesende, ohne Zweifel der „Beschützer“ des Mädchens, und dieses selbst mit der Briefstasche verschwunden.

Bei einem verurteilten Schiedsrichter festgenommen wurde ein junger Mann namens Ritter. Er legte einer Zweigstelle der Deutschen Bank einen Scheck über 14000 M. vor, den der vorsichtige Kassierer als gefälscht erkannte. Ritter hatte den Scheck von einem Kaffier in der Elbstrasse zur Einföhrung erhalten. Ritter behauptete,

Die Parteien im neuen Landtag.

Auch in Schöneberg schienen die Wogen der Wahlbewegung endlich höher zu gehen. Die S.P.D. hatte zu Dienstag abend in der Uhland-Schule (Kolonnenstraße) zu einer öffentlichen Wahlerversammlung eingeladen. Wählerinnen und Wähler waren in solchen Massen erschienen, daß die Schaulust bis auf den letzten Platz belegt war und Hunderte in den Gängen stehen mußten.

Genosse Gustav Heller sprach in kräftigen und überzeugenden Worten über die schädigende Politik der Reichsparteien. Hier und verständlich führte er der Versammlung vor Augen, wie notwendig es ist, am 20. Februar die Kandidaten der S.P.D. zu wählen. Auch die Gewerkschaft der Kommunisten, so führte der Referent weiter aus, für alle Arbeiter und Handarbeiter, für das ganze Proletariat, von außerordentlich schädlicher Wirkung. Die Kommunisten wie auch die Unabhängigen schädigen den Aufstieg der Sozialdemokratie und hindern so einen gesunden Aufbau Deutschlands. Ausdrückliche Zwischenrufe und außerordentlich starker Beifall am Schluß des Referats zeigten, daß der größte Teil der Versammelten mit den Ausführungen des Genossen Gustav Heller einverstanden war. Nur ein paar Phrasen der Kommunisten machten einige nichtsehrbedeutende Zwischenrufe. Die von dem Referenten unter allgemeinem Beifall widerlegt wurden.

Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Der Versammlungsleiter Genosse Paul Hoff jedoch die Versammlung mit der Aufforderung an alle, am 20. Februar ihre Stimmen für die Kandidaten der S.P.D. abzugeben.

In Hohenhausen sprach in einer vom Bezirksverein der S.P.D. einberufenen Versammlung der Landtagsabgeordnete Siering über die preußischen Landtagswahlen und die bürgerlichen Parteien. Der Redner beleuchtete hauptsächlich die Hindernisse, welche die Reichsparteien den Wählern der S.P.D. bereiten, z. B. beim Etat, dann bei der Beratung der Verfassung. Als der Redner hierbei erwähnte, daß die Provinziallandtage den Staatsrat wählen, daß derselbe nicht wie früher ernannt werden kann, da vielen die in größerer Anzahl erschienenen Kommunisten drohten: „Der Staatsrat wird von Ebert ernannt.“ Trotz Belehrung durch den Redner blieben sie dabei, daß Ebert den Staatsrat und Reichsrat ernenne. Als erster Redner sprach Lindenblatt (S.P.D.) und führte sich dem Referenten gegenüber mit den Worten ein: „Reich mir die Hand zum Bunde, denn wir sind zwei Schweinehunde.“ Auf denselben geistigen Höhe bewies sich auch keine Ausföhrung. Ein weiterer Redner der kommunistischen Partei sprach im Gegenfatz dazu in einer geradezu ruhigen und sachlichen Weise. Der Referent widerlegte in seinem Schlußwort alle die Angriffe und betonte, daß eine kleine Partei, welche durch irgendwelche Umstände zur Macht gelangt, sich nicht halten könne. Darum bitte für uns nur die Partei sein, eine sozialistische Mehrheit in den Landtag zu wählen. Wirklich hängt nicht alles Heil vom Parlament ab, aber um das Schlimmste zu verhüten, muß jeder Wähler und jede Wählerin am 20. Februar einen Stimmzettel für die S.P.D. in die Urne werfen. Wer nicht wählt, oder wer den Reichsparteien seine Stimme gibt, ist dann verantwortlich, wenn die, die am Kriege schuld sind, auch noch den Hohenhausen die Millionen hinterherwerfen.

Allgemein fiel das Erscheinen mehrerer, anscheinend von einer Beschäftigung und anschließenden Bierreise kommenden Gemeindevorsteher, des bisherigen Gemeindevorstehers und des Strichmüllers Aufbruch auf, welche letzterer den Referenten durch mehrfache Zwischenrufe zu unterbrechen versuchte, von diesem aber gleich die treffende Abfertigung empfing.

Um wenigstens einen „Erfolg“ buchen zu können, zogen die Kommunisten am Schluß der Versammlung unter Föhrung der Internationals davon, leiteten den Gelfang sogar ohne Rücksicht auf die bereits schlafenden Mitglieder auch auf der Straße nach fort.

Der deutschnationale Gummiknuppel.

Am Dienstag fand im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee, eine Wählerversammlung der Deutschnationalen Partei statt, in der ein Vertreter der christlichen Köchstenliebe, Pfarrer Dr. Franke, und ein „Jugendlicher“, Rektor Hackenberg, um die Worte den Revanchekrieg predigten. Auch klangen sie in bewegten Worten über die „geschwundene Moral und Sittlichkeit“. Die Illustration hierzu boten ihre Parteianhänger, mit dem Heftenfrenz geschmückte Koflinge, die zum Teil sehr jugendlichen Alters, im ganzen Saale verteilt waren und sofort mit Gummiknuppeln, Stöcken, Totschlägern und Revolvern gegen jeden Zwischenrufer vorgehen und Personen, die sich als Gegner zu erkennen gaben, zum Saale hinauspragelten. Alles zur Hebung der gesunkenen Moral und Sittlichkeit! Offenbar stellten diese Helden einen Teil des berühmten „Selbstschutzes“ dar, der nun zeigt, wozu er geschaffen ist. Am 20. Februar ist Gelegenheit, diesen Koflingen die richtige Antwort zu erteilen.

te, ihn in einem Briefe gefunden zu haben, den der Postbote in seiner Abwesenheit in seiner Wohnung abgegeben habe. Das erwies sich jedoch als unwahr.

Große Aufregung und eine längere Verleschöndung entstand heute früh um 6 Uhr an der Ecke der Warschauer Straße 65 und Kornpuststraße. Dort war ein Wagen der alten städtischen Straßenbahn mit einem Kofenwagen, der mit Dünger beladen war, zusammengefahren. Der Straßenbahnwagen war voll besetzt und wurde an der vorderen Plattform stark beschädigt, auch wurden Fensterhebel zertrümmert. Die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon. Der Kofenwagen und sein Begleiter, die auf dem Dünnwagen gesessen hatten, haben Verletzungen erlitten, die ihnen von Ärzten auf der Rettungswache verbunden wurden. Die beiden Pferde des Kofenwagens lagen unter dem Straßenbahnwagen. Die Feuerwehr holte sie mit vieler Mühe tot hervor. Die Pferde hatten einen Wert von 40000 M.

Ein Notruf. Das Wohlfahrtsamt Berlin-Treptow übersendet uns folgende Notiz:

Tiefes Erbarmen würde unsere Mitbürger ergreifen, wenn sie nur täglich eine kurze Zeit als stille Zuhörer im Wohlfahrtsamt unserer Gemeinde verweilen. Ich kann nicht in die Augenführerstelle gehen, ich habe kein Hemd mehr. Eine andere klagt: Ich kann die Kinder nicht in die Schule schicken, von den Stiefeln ist nicht nur das Oberleder, sondern auch die Sohlen sind zerföhren. Alles, was wir bisher geben konnten, reichte bei weitem nicht aus, die große Not zu lindern, darum bitten wir, nebt die ihr eure Kinder gesund und wohlbehütet mit. Gebt uns Böhse, gebt uns Kleidung, alle alten Sachen, die irgend entbehrlich sind, nehmen wir freudig an oder lassen dieselben auch auf Anruf abholen. (Wohlfahrtsamt, Berlin-Treptow, Rathaus, Zimmer 34.) Zustände wie die hier geschilderten sind in noch veröhrtem Maße in jenen Gemeinden anzutreffen, die eine rein proletarische Zusammensetzung haben.

Märkische Vorträge. Am Sonntag, den 12. Februar, abend 7 1/2 Uhr, wird Ostor Balle im Orfial des Kunstgewerbesamts, Reins-Allee, Straße 8, unter Föhrung von 120 Wöhrern in natürlichen Karben, Kultur- und Landschaftsbildern aus der Ufermark und anschließend eine Schilderung der medlenburgischen Schwäbe und der erinnerungsreichen Bitten aus Reutheim, endlich als Einlage weitere Dichtungen des letzten, geöhrten von Karl Seemann, bringen. Karten bei Westheim, Lote u. Bod usw. und an der Abendkasse.

Kein Gemeindearbeiterstreik?

Die neueste „Aktion“ der Kommunisten.

Zum Streif in der Herrenkonfektion.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband. Die Zentralfleitung.

Schon wieder ein Kommunisten-„Zieg“.

Stranzenfallenangestellte:

Der Weltschiffbau im Jahre 1920.

Arbeitsmarkt
5. Stellenangebote

Notenraum sucht sofort
Berufungsanträge (2-3) Wilen-
graffstr. 11, Kempten, 1412
Rothmühl. C. Prinsinger
H. Sol v. Petersburgweg 4
Dammhaffstr. 24, Watz-
straße 9, Steinbachinger Str.
22, Walsch 154, Giesing
Str. 37, Charlottenburg. So-
fenheimer Str. 1, Raiten-
hausen 101, 117

125